

Zwei interessante Interviews zur Protestbewegung in Frankreich

Liebe "LabourNet"-Redaktion!

Die Protestbewegung gegen Macrons Rentenpolitik in Frankreich zeigt eine beeindruckende Zähigkeit. Am inzwischen zehnten landesweiten Aktionstag, zu dem die in der *"Intersyndicale"* vereinten acht größten Gewerkschaftsbünde aufgerufen hatten, beteiligten sich am Dienstag, den 28. März 2023, nach Angaben des Innenministeriums 740.000 Menschen. Laut CGT waren es sogar mehr als zwei Millionen. Obendrein sind inzwischen 500 Schulen besetzt. Streiks gab es erneut bei der Eisenbahn (SNCF), der Pariser Metro (RATP) und im Flugverkehr sowie in der Petrochemie, bei den Energieversorgern und in den Häfen.

Die Gefahr einer Ermüdung und Resignation der Bewegung nach vielen Wochen mit Massenmärschen, Lohneinbußen infolge von Streiks und nun auch zunehmendem Polizeiterror bleibt jedoch bestehen. Darüberhinaus stellen sich grundlegende Fragen nach dem weiteren Vorgehen, dem sozialen Charakter des Protests, der Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften und des Organisationsgrades sowie den politischen Schlußfolgerungen & Perspektiven.

Dazu haben wir im Folgenden zwei interessante Interviews aus den vergangenen Tagen übersetzt. Einerseits mit der Europaabgeordneten der größten Linkspartei La France Insoumise, Manon Aubry, aus der linken italienischen Tageszeitung *"il manifesto"* vom 24.3.2023 und mit dem Soziologen Karel Yon, das am 21.3.2023 im französischen Onlinemagazin *"Basta!"* erschien und auf vielen linken französischen Websites weiterverbreitet wurde.

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

"il manifesto" 24. März 2023

Manon Aubry: "Macron hat bereits verloren, jetzt werden wir den Kurs ändern."

Interview zu den französischen Protesten. Die Europaabgeordnete von France Insoumise: 70% der Franzosen und 90% der arbeitenden Bevölkerung sind gegen die Reform. Die Mobilisierungen wenden sich gegen den Neoliberalismus und stellen eine neue Idee von Arbeit, Ungleichheit und Klima in den Mittelpunkt.

Paolo Vittoria

"Der Text des Gesetzesdekrets wird seinen demokratischen Weg fortsetzen", sagte Emmanuel Macron in einer Rede, in der er die umstrittene Rentenreform verteidigte,

die das Rentenalter um zwei Jahre nach hinten verschiebt. Doch der französische Präsident wirkt zunehmend allein und entfremdet vom wirklichen Land. Der Weg des Dekrets ist alles andere als demokratisch, da er den Artikel 49.3 der Verfassung benutzt, der einen Gesetzestext ohne Abstimmung im Parlament durchdrückt. Wir sprachen darüber mit Manon Aubry, einer politischen Aktivistin und Europaabgeordneten von France Insoumise.

Die Krise ist offener denn je und die Mobilisierung der Bewegungen und Gewerkschaften hält unvermindert an.

Bei der Abstimmung in der Nationalversammlung am Montagabend wurde ein Misstrauensvotum gegen die Regierung wegen weniger Stimmen abgelehnt. Der Regierung gelang es, sich mit neun Stimmen ein paar Stunden oder Tage Waffenruhe zu verschaffen. In gewisser Weise hat Macron dennoch bereits verloren. Die öffentliche Meinung und die Gewerkschaften sind gegen ihn, die Opposition gegen seine Reformen und im weiteren Sinne gegen seine Regierung wächst. Die soziale Krise, in der wir uns befinden, hat sich in eine demokratische Krise verwandelt. Die Nationalversammlung sollte das Volk vertreten. Wie ist es möglich, dass ein Gesetz, das zwei Jahre Rente streicht, verabschiedet wird, ohne dass die Versammlung darüber abstimmen konnte? Es ist das Regime der Fünften Republik, das bröckelt und uns daran erinnert, dass es an der Zeit ist, die Verfassung zu überarbeiten und zu einer Sechsten Republik überzugehen. Die Regierung hat keine Mehrheit, und ich sehe nicht, was in den nächsten vier Jahren geschehen kann, wenn es keine Auflösung der Parlamentskammern gibt. Letztlich sollten die Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Stattdessen verhält sich die Regierung völlig antidemokratisch,

Alles begann mit der Rentenreform, aber der Protest scheint sich auszuweiten: Es geht nicht nur um Wut, sondern um Organisation und politische Strategie.

Präsident Macron hat beschlossen, den Franzosen eine ungerechte Rentenreform aufzuzwingen, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. 70% der Franzosen und 90% der erwerbstätigen Bevölkerung sind gegen die Reform. Auch die Gewerkschaften sind sich einig in ihrer Ablehnung dieser ungerechten, brutalen und offensichtlich illegitimen Reform. Die Regierung hat die willkürlichsten legislativen Instrumente eingesetzt, um die Zeit und den Raum für die parlamentarische Debatte einzuschränken und die Oppositionsfraktionen wirkungsvoll daran zu hindern, sich zu äußern. Nach zehn Tagen massiver Mobilisierungen, an denen bis zu 3,5 Millionen Menschen teilnahmen, stellt sich die Regierung taub. Die Demonstranten gehen auf verschiedene Weise vor: Petitionen, Demonstrationen, Streiks, Blockaden, aber die Regierung bleibt in einer Form der Verachtung eingemauert, die für die Demokratie äußerst gefährlich ist. Die Opposition hat jedoch noch nicht ihr letztes Wort gesprochen. Die Mobilisierungen werden nicht aufhören, und wir werden alle uns zur Verfügung stehenden legislativen Instrumente nutzen, wie die Anrufung des Verfassungsrates und das gemeinsame Initiativreferendum.

Handelt es sich dabei nur um einen legitimen Protest gegen das Rentenalter oder steckt mehr dahinter? Es gibt zum Beispiel Diskussionen über die Vier-Tage-Arbeitswoche, die Rechte der prekär Beschäftigten, das Vordringen des Algorithmus als Arbeitgeber. Kann dies eine Brutstätte der Kritik am kapitalistischen System in Europa sein?

So sehr sich die Proteste auch auf die Rentenreform und die Bereitschaft der Regierung konzentrieren, die Menschen weitere zwei Jahre arbeiten zu lassen, so sehr zeigt der Grad der Mobilisierung, dass die Rentenreform der Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Und all das geschieht nach den Restriktionen, die während des Covid auferlegt wurden, in einer Zeit massiver Inflation, die die Bevölkerung massiv trifft, und nach Wahlen, die Emmanuel Macron nicht wirklich eine Mehrheit bescherten. Die Franzosen haben sich für eine vielfältige und widersprüchliche Nationalversammlung entschieden, die ständig nach Kompromissen suchen muss.

In völliger Missachtung der öffentlichen Meinung hat Emmanuel Macron nach seiner Ankündigung, seine Methode zu ändern, um Kompromisse zu schließen und zuzuhören, offensichtlich nichts geändert. Im Gegenteil, seine Abkopplung von der Realität der Franzosen wird immer größer. Die Franzosen zwei weitere Jahre arbeiten lassen zu wollen, während die Inflation sie im Würgegriff hält, während die gesellschaftlich nützlichsten Arbeitsplätze abgewertet und schlecht bezahlt werden, ist wirklich ein Affront.

Ich denke, die Mobilisierungen richten sich nicht nur gegen eine Reform, sondern stellen die Arbeit in den Mittelpunkt. Wir brauchen ein kollektives Nachdenken über die Arbeit. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der sozialen Krise, die wir erleben, der zunehmenden Ungleichheit zugunsten einer Minderheit, die sich immer mehr bereichert, besteht das Problem nicht mehr darin, ohne Rücksicht auf die Produktionsbedingungen immer mehr zu produzieren, sondern über den Nutzen dessen, was produziert wird, und über die Umweltauswirkungen nachzudenken. Die Regierung hingegen ist in einer dogmatischen neoliberalen Logik gefangen, die sie daran hindert, umfassende Überlegungen zum Thema Arbeit anzustellen, und genau aus diesem Grund hört sie nicht auf die Arbeiter.

((Übersetzung aus dem Italienischen: Gewerkschaftsforum Hannover))

"Basta!" 21. März 2023

"Wir erleben den Totenschein der sozialen Demokratie"

Die Bewegung gegen die Rentenreform markiert eine starke Rückkehr einer geeinten Gewerkschaftsbewegung. Wie kann diese Dynamik nach dem Durchpeitschen mit

Hilfe des Artikels 49.3 auf die politische Ebene übertragen werden? Interview mit dem Soziologen Karel Yon.

"Basta!": Die Gewerkschaften in Frankreich: Ist die Mobilisierung gegen die Rentenreform ein Zeichen für eine Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich?

Karel Yon: Seit dem letzten Herbst gibt es unbestreitbar eine erneute Mobilisierung der Gewerkschaften rund um die durch die Inflation verursachten Lohnkämpfe. All dies nährt und bereitet die Rentenbewegung vor.

Längerfristig gesehen ist vor allem eine wachsende Diskrepanz - und die Bewegung gegen die Rentenreform zeigt dies in eklatanter Weise - zwischen deutlich schwindender Streikfähigkeit und stärkerer Demonstrationsfähigkeit als je zuvor festzustellen. Das ist das ganze Drama der Intersyndicale heute und das ganze strategische Problem, das sich ihr in den letzten Tagen gestellt hat: Wie kann man den Kampf um die Meinung, der von Anfang an erfolgreich war, mit einem wirtschaftlichen Druck artikulieren, der sich als schwierig erweist.

Wie lässt sich diese Situation erklären?

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad tendiert seit einigen Jahren wieder nach unten, während er seit den 1990er Jahren stabil war, nachdem er Ende der 1970er Jahre drastisch gesunken war. Damals hatten wir etwa ein Viertel Gewerkschaftsmitglieder unter den abhängig Beschäftigten. Anfang der 1980er Jahre fielen wir auf rund 10 %. Dieser erneute Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads hält sich in Grenzen: Zwischen 2013 und 2019 sinkt der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder von 11,2 % auf 10,3 %. Aber er zeigt uns, dass der Boden, den wir in Bezug auf die gewerkschaftliche Präsenz erreicht zu haben glaubten, noch weiter sinken kann. Zwar ist die Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen ausschlaggebend für diese Entwicklungen (je stabiler die Beschäftigung, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass man Gewerkschaftsmitglied wird), doch muss man auch auf die Auswirkungen der Macron-Verordnungen von 2017 hinweisen. Diese haben die Gewerkschaftsbewegung geschwächt, indem sie die Zahl der Mandate für Personalvertretungen um ein Drittel verringerten.

Diese Schwächung des militanten Gefüges war nicht unbedingt auf der Ebene der Demonstrationen gegen die Rentenreform zu sehen. Was ihre Stärke und Massivität ausmacht, ist, dass bei einer derart geeinten Gewerkschaftsfront die lokalen Gewerkschaftsnetzwerke so miteinander verflochten werden können. Dies ermöglicht eine starke Mobilisierung, insbesondere in kleinen Städten, wo Sie schematisch die CFDT oder FO haben werden, die im Krankenhaus stark sind, die CGT, die in der wichtigsten Fabrik oder bei den EDF-Beschäftigten gut verankert ist, die FSU bei den

Lehrern und die Aktivisten von Solidaires, die sich um die Veranstaltung von berufsübergreifenden Generalversammlungen bemühen.

Diese Artikulation der Vielfalt der Arbeitswelt funktioniert gut, um die Menschen auf die Straße zu bringen, aber nicht unbedingt, um sie zum Streik zu bewegen. In diesem Punkt sind sich nicht alle einig. In der Intersyndicale existieren bislang zwei Linien relativ harmonisch nebeneinander. Auf der einen Seite gibt es eine eher bürgerliche Mobilisierungslinie, die sich auf den Appell an die öffentliche Meinung und den Aufruf zu Demonstrationen stützt und versucht, die Politiker davon zu überzeugen, dass die Meinung der Arbeitnehmer, die auch wahlberechtigte Bürger sind, berücksichtigt werden muss. Und es gibt die "klassenkämpferische" Linie, die eher dem traditionellen Bild der Arbeitergewerkschaft entspricht und auf der Idee beruht, dass die Lohnabhängigen eine besondere Legitimität und Handlungsmacht besitzen, die durch Streiks zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Das Gleichgewicht zwischen diesen beiden Linien verweist auf das Kräfteverhältnis in der heutigen Gewerkschaftswelt, mit der Führungsposition der CFDT, die eher auf die Bürgerorientierung setzt, darauf die öffentlichen Behörden anzusprechen und sie vor den Folgen ihrer Gleichgültigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen zu warnen - in der Hoffnung, dass sie Verständnis dafür aufbringen. In dieser Hinsicht befindet sie sich aufgrund der völligen Gleichgültigkeit der Behörden in einer unangenehmen Lage.

Sehen Sie eine Diskrepanz zwischen der aktuellen Strategie der Intersyndicale und den gewerkschaftlichen Mobilisierungen vor Ort, von Streiks in bestimmten Sektoren für die Renten oder zu lokalen Streiks für die Löhne?

Hätte es diese Arbeit der Intersyndicale nicht gegeben, um die Herausforderungen der Reform zu erklären und den Widerstand zu legitimieren, wäre es nicht zu dieser Massenbewegung gekommen und man hätte nicht einmal Streikaktionen in Betracht ziehen können. Es gibt zwar einen Unterschied zwischen dem, was an der Spitze der Intersyndicale und vor Ort ausgetragen werden kann, aber es gibt vor allem branchenbezogene Unterschiede. Der Streik gegen die Rentenreform stützt sich auf einige wenige Sektoren, in denen die CGT (wenn man die SNCF beiseite lässt) die Vorherrschaft hat. Dies gilt für die Müllabfuhr, die Häfen und Docks, den Energiesektor und die Petrochemie.

Hat diese gewerkschaftsübergreifende Bewegung auch den Effekt, dass die Gewerkschaftsbewegung in der Gesellschaft wieder an Glaubwürdigkeit gewinnt?

Unbestreitbar. Einer der Vorwürfe, die den Gewerkschaften oft gemacht werden, ist, dass sie gespalten sind. Die Lohnabhängigen sehen dies anlässlich der Berufswahlen. Hier besitzt die Intersyndicale die politische Intelligenz, die es ihr ermöglicht, einen Diskurs zu entwickeln, in dem sich alle Sensibilitäten

wiedererkennen können. Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung hat sich als einzig legitimer Sprecher der Arbeitswelt durchgesetzt.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Gelbwesten-Bewegung und dieser neuen gewerkschaftlichen Mobilisierung?

Ich sehe zumindest einige Analogien. Angefangen mit dem Gewicht der Kleinstädte bei der aktuellen Mobilisierung. Es sind Gebiete mit einem höheren Anteil an Handarbeit, sei es in der Industrie oder bei persönlichen Dienstleistungen. Die Erfahrung, dass die Arbeit anstrengend ist, ist dort stärker ausgeprägt, umso mehr, wenn die Löhne niedrig sind. Ein weiterer Aspekt, der an die Gelbwesten anknüpft, ist unterschwellig das Schicksal des Streiks: Er war für die Gelbwesten eine undenkbbare Aktionsform und ist derzeit für viele Lohnabhängige kaum vorstellbar. Insofern sind beide Bewegungen ein Indikator für die Schwächung der strukturellen Macht der Gewerkschaften.

Die Mobilisierung der Gelbwesten war jedoch von der Ablehnung jeglicher Repräsentation geprägt. Sie brach in eine Wüste der politischen und sozialen Repräsentation ein. Heute verleiht der Syndikalismus dieser Wut einen politischen Ausdruck. Dies verweist uns auf ein Merkmal des Syndikalismus nach französischem Vorbild, das er seit seinen Ursprüngen hat, das er sowohl mit seiner revolutionären Matrix als auch mit der engen Verbindung verbindet, die er nach und nach mit dem Staat eingegangen ist, seit der Dritten Republik und noch mehr nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Programm des *Conseil National de la Résistance* (Nationalrates des Widerstandes).

In Frankreich ist der Syndikalismus ein Eckpfeiler der sozialen und politischen Demokratie. Er ist nicht nur ein Rädchen im Getriebe der Arbeitsbeziehungen, wie es in einigen Ländern der Fall ist, sondern er verlängert die demokratische politische Staatsbürgerschaft auf dem Gebiet der Arbeit durch die soziale Staatsbürgerschaft. Das sieht man an der Tatsache, dass die Legitimität der Gewerkschaften in Frankreich eher durch Wahlen als durch die Zahl der Mitglieder bestimmt wird. Oder auch beim Streikrecht: In Deutschland beispielsweise ist ein Streik illegal, wenn er nicht von einer Gewerkschaft ausgerufen wird. In Frankreich handelt es sich um ein individuelles Recht, das kollektiv ausgeübt wird. Die Legitimität der Gewerkschaftsbewegung ist politischer Natur, sie ist ein Medium für die politische und soziale Teilhabe der Arbeiterklasse.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass diese Legitimität, weil sie sich in Taten bewährt, immer angefochten werden kann. So gibt es seit dem Wochenende erste Anzeichen für ein Übergehen der Gewerkschaften, da sich viele Demonstranten spontan über soziale Netzwerke verabreden, ohne immer den Weg über die Gewerkschaftsnetzwerke zu nehmen. Wir finden eine eher horizontale Mobilisierungsdynamik wieder, die für die Gelbwesten charakteristisch war und die auch die Bewegung gegen das Arbeitsgesetz im Jahr 2016, insbesondere mit *Nuit debout* [1], geprägt hatte.

Stellen Sie auf politischer Ebene den Willen der Parteien (sicherlich eher auf der Linken) fest, wieder mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten?

Nach den letzten Wahlen, insbesondere nach den Ergebnissen von La France insoumise, hat man in der Nationalversammlung wieder Profile ehemaliger Gewerkschafter gesehen, oder zumindest Profile von Arbeitern oder Angestellten, wobei Rachel Kéké die beispielhafteste ist. Es gibt diese Idee, Personen zu fördern, die eher ein Abbild der Vielfalt der französischen Gesellschaft sind. Aber es gibt sicherlich noch einiges zu tun, wenn man sich die Statistiken über die Repräsentativität der Parlamentarier ansieht und feststellt, dass im Parlament gerademal 6 % der Arbeiter und Angestellten vertreten sind.

Ich denke, dass die aktuelle Bewegung direkt die Frage nach der Verantwortung der Gewerkschaften in diesem Punkt aufwirft. Heute beschließt eine politische Macht, sich über den einstimmigen Widerstand der Gewerkschaftsbewegung und der öffentlichen Meinung und der Lohnabhängigen hinwegzusetzen. Das ist sozusagen der Totenschein für ein Demokratiemodell, bei dem die politische Entscheidung von der Interaktion mit der Gesellschaft, mit den Gegenkräften (in erster Linie den Gewerkschaften) lebt. Wir erleben das Ende der Idee - die vielleicht eine Illusion war -, dass die soziale Demokratie als ein von der politischen Demokratie getrennter und autonomer Raum existieren kann. Ein Raum, in dem die Gewerkschafter ruhig mit den Arbeitgebern oder der Regierung verhandeln konnten, unabhängig davon, welche politische Équipe an der Macht war.

Die Mannschaften, die nacheinander an die Macht kommen, kümmern sich immer weniger um die Meinung der Gewerkschaften. Den Anfang machte Juppé 1995 [zur Zeit der breiten Bewegung gegen die Reform der Sozialversicherung]. ((Der Gaullist)) Sarkozy lieferte sich dann in der Frage der Anhebung des Rentenalters im Jahr 2010 eine heftige Konfrontation mit den Gewerkschaften. Das ging so weit, dass die Gewerkschaftsbünde aus ihrer Reserve kamen und mehr oder weniger offen dazu aufriefen, ihn 2012 abzuwählen. Dann kam ((der "Sozialist")) Hollande mit der Doppelzüngigkeit, sich auf die Ablehnung Sarkozys durch die Gewerkschaften zu stützen, um anschließend das Arbeitsgesetz, ohne Rücksicht auf den massiven Widerstand auf der Straße, zu beschließen.

Diese veränderte Haltung der politischen Eliten gegenüber den Gewerkschaften, die ihnen gegenüber Verachtung, wenn nicht gar offene Feindseligkeit an den Tag legen, verweist auf tiefgreifende Veränderungen sowohl des Personals als auch der Strukturen des Staates. Ich denke, dies wäre ein guter Grund für die Gewerkschaftsbewegung, sich die Frage nach ihrer Beziehung zum politischen Gefilde neu zu stellen und darüber nachzudenken, wie die Gewerkschaftsfront, die während der Mobilisierung gegen die Rentenreform als Einheit bestand, direkt auf das politische Feld übertragen werden kann.

Wie könnte sie das?

Wir haben heute eine ziemlich außergewöhnliche Konstellation. Auf der einen Seite ist die Linke um die NUPES vereint, was Spaltungsprozesse entschärft und es den Gewerkschaften ermöglichen kann, eine ruhigere Beziehung zur Linken einzugehen. Sobald man sich an eine einheitliche Koalition wendet, spielt man nicht die Interessen dieser oder jener Partei gegen eine andere aus.

Das ist eine persönliche Überlegung, aber sollte es jemals zu einer Auflösung der Nationalversammlung kommen, könnte man eine Lösung in Betracht ziehen, bei der die NUPES beispielsweise beschließt, der Gewerkschaftsfront eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen zuzuweisen. Ohne von ihnen zu verlangen, dass sie sich an ihr Programm halten, sondern einfach, weil die Arbeitswelt dort vertreten sein muss, wo die Gesetze gemacht werden. Dies würde es ermöglichen, die Frage nach der politischen Verlängerung der Gewerkschaftsaktion anders zu stellen als in Begriffen, die beispielsweise die mögliche politische Karriere von Laurent Berger heroisieren.

Dies würde die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich diese einheitliche gewerkschaftliche Stimme, die in dieser Bewegung entstanden ist, auf politischer Ebene niederschlagen kann. NUPES könnte sich auch ein Minimalprogramm zu eigen machen, das es den Gewerkschaften ermöglicht, sich in der ganzen Vielfalt der Arbeitswelt neu zu entfalten. Wir haben zusammen mit Kollegen in einem Papier für Intérêt général [eine linke Ideenschmiede] Vorschläge in diese Richtung gemacht.

Was erwarten Sie von der Intersyndikale nach der Verabschiedung der Rentenreform durch den 49.3?

Der Rückgriff auf den 49.3 zeugt bereits von einem Sieg der sozialen Bewegung, da er beweist, dass die Exekutive keine Mehrheit für die Verabschiedung der Reform besitzt. Dies ermöglicht eine Wiederbelebung der Mobilisierung, denn zwischen den Zeilen war bereits zu lesen, dass ein Teil der Gewerkschaftsverbände den Protest als weniger legitim erachtet hätte, wenn es zu einer Mehrheitsabstimmung gekommen wäre. Gleichzeitig weckt das Durchpeitschen der Reform eine immense Wut, die sich bereits am Abend des 16. März 2023 in Szenen äußerte, die der Gelbwestenbewegung würdig waren, mit einem im wahrsten Sinne des Wortes brennenden Straßenbild. Diese Wut wird durch die Repressionen genährt, die derzeit auf die mobilisierten Sektoren niederprasseln, seien es Gewerkschafter und Jugendliche, die massiv und meist ohne jeden Grund festgenommen und in Polizeigewahrsam genommen werden, oder die zwangsweise Dienstverpflichtung von Müllmännern.

Aus diesen beiden Gründen treten wir in einen "zweiten Akt" der Bewegung ein, der einem Moment entspricht, in dem die soziale Krise gleichzeitig zu einer politischen Krise geworden ist. Dies birgt die Gefahr, die Intersyndikale zu destabilisieren oder sie zumindest zu neuen Gleichgewichten zu drängen: Aufrufe zur Ruhe allein hinterlassen keinen Eindruck, denn jeder hat die Erfahrung gemacht, dass friedlicher Protest im Rahmen von Demonstrationen nicht genügt.

Die Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung wird darin bestehen, ihre Einheit zu wahren und gleichzeitig den Zorn in konstruktive Formen zu lenken: Sie muss schlagkräftige Aktionen koordinieren und sichtbar machen, einen deutlicheren Diskurs über die Ausweitung und Verstärkung des Streiks führen, damit sich die Radikalität auf sinnstiftende Aktionen projiziert, die auf das Ziel der Rücknahme der Reform ausgerichtet sind, und nicht auf sinnlose Gesten der Zerstörung.

Die Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen, Frankreich am 7. März 2023 stillzulegen, aber wir haben gesehen, dass einige dies vor allem symbolisch meinten. Am Donnerstag, dem 23. März, dem nächsten nationalen Aktionstag, wird es so gut wie klar sein, dass diese Stilllegung durch Streiks und Blockaden erfolgen muss, die die Wirtschaft tatsächlich lahmlegen. Im ersten Akt der Bewegung war die CFDT der Hauptprotagonist, jetzt könnte die CGT an der Reihe sein.

Die Fragen stellte: Rachel Knaebel

((Übersetzung aus dem Französischen + Einfügungen in doppelten Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover))

Die Einfügungen in den eckigen Klammern stammen von der "Basta!"-Redaktion.

Quelle: <https://basta.media/Reforme-retraite-49-3-Nous-assistons-a-l-acte-de-deces-de-la-democratie-sociale-intersyndicale>

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften geschlossen im Widerstand](#)